



CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

An die Mitglieder des
CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern

Bericht des Landesgruppenvorsitzenden

Ausgabe: 20. WP/23-7
Anlass: Fraktionssitzung am 9. Mai 2023

**Landesgruppe
Mecklenburg-Vorpommern**

Landesgruppenvorsitzender
Philipp Amthor MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

T 030 227 77692
F 030 227 76692

philipp.amthor@bundestag.de
www.cducusu.de

Liebe Parteifreunde, meine sehr geehrten Damen und Herren,

in der aktuellen Sitzungswoche des Deutschen Bundestages, die im bewährten „Bericht des Landesgruppenvorsitzenden“ zusammengefasst ist, widmen wir uns neben der **„Filz-und-Verwandten-Affäre“ von Robert Habeck** im Schwerpunkt unter anderem der **Migrationspolitik**. Dabei stand insbesondere die **Ministerpräsidentenkonferenz** im Fokus, zu der ich ein „Blitz-Briefing“ und eine Bewertung der Ergebnisse übersende. Zudem darf ich auf eine von mir gehaltene Plenarrede gegen Klimakleber der „Letzten Generation“ hinweisen.

Als **Lektüreempfehlung** zu weiteren aktuellen Informationen darf ich zudem auf unser neues Positionspapier zur Zukunft Europas, auf eine Neuausgabe von „Kommunal relevant“ und auf ein Rundschreiben zum Umgang mit dem Wolf sowie auf ein Rundschreiben zum Industriestrompreis hinweisen. Gleiches gilt für Beiträge von Simone Borchart und von Dietrich Monstadt.

Mit herzlichen Grüßen aus dem Deutschen Bundestag

Philipp Amthor MdB
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Mecklenburg-Vorpommern

Anlage:

- Blitz-Briefing zur MP-Konferenz zur Migration (PDF, 3 Seiten)
- Bewertung der Ergebnisse der MP-Konferenz zur Migration (PDF, 8 Seiten)
- Rede von Philipp Amthor MdB zur „Letzten Generation“ (Link)
- Positionspapier zur Zukunft Europas (PDF, 23 Seiten)
- Neuausgabe von „Kommunal relevant“ (PDF, 16 Seiten)
- Rundschreiben zum Umgang mit dem Wolf (PDF, 3 Seiten)
- Rundschreiben zum Industriestrompreis (PDF, 3 Seiten)
- Beitrag von Simone Borchart MdB (PDF, 1 Seite)
- Beitrag von Dietrich Monstadt MdB (PDF, 2 Seiten)



Teil 1: Kernbotschaften der Woche

Aktuelle Stunde „Familiäre Verflechtungen der Personalpolitik unter Bundesminister Habeck“ und Leitantrag „Für eine sichere, bezahlbare und klimafreundliche Wärmeversorgung ohne soziale Kälte“

Bundesminister Habeck und Bundeskanzler Scholz bleiben Antworten zum Umgang mit den persönlichen Verflechtungen im Bundeswirtschaftsministerium, nachgeordneten Unternehmen und Zuwendungsempfängern schuldig. Das Berufungsverfahren des Geschäftsführers der „dena“ genügte nicht rechtsstaatlichen Standards. Es sind noch viele Fragen offen, ob von Staatssekretär Graichen das Trauzeugen-Verhältnis bewusst verheimlicht wurde. Das Eingeständnis eines Fehlers reicht nicht aus. Bei der Personalauswahl wird statt auf Fachexpertise auf Verwandtschaftsverhältnisse und Ideologie gesetzt. Das führt zu realitätsfremden Gesetzen – wie dem Heizungsverbot. Die Ampel verunsichert mit ihrem andauernden Streit Bürgerinnen und Bürger, Handwerkerinnen und Handwerker, Wohnungs- und Baubranche sowie die Industrie.

Wir hingegen stehen für Technologieoffenheit: Neben der Wärmepumpe muss die ganze Breite klimafreundlicher Lösungen – von Wärmenetzen über Bioenergie, Abwärmenutzung und Geothermie bis hin zu Wasserstoff – genutzt werden. Wir setzen auf „Fordern und Fördern“ statt vor allem auf „Verbieten und Verordnen“. Die CO₂-Bepreisung mit sozialem Ausgleich ist das Leitinstrument. Den Bürgerinnen und Bürgern bleibt die Entscheidung über den Weg zur CO₂-Einsparung überlassen. Eine angemessene und verlässliche Förderung schützt die Bürgerinnen und Bürger vor finanzieller Überforderung.

Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) zur Migrationspolitik und unsere Anträge „Abschiebehürden beseitigen, Ausreisepflichten konsequent durchsetzen“ sowie „Irreguläre Migration an den Grenzen steuern, begrenzen und kontrollieren“.

Nach monatelangem Zögern beruft Bundeskanzler Scholz am 10. Mai endlich eine MPK zur aktuellen Migrationskrise ein. In den ersten vier Monaten des Jahres wurden bereits 110.516 Asylanträge in Deutschland gestellt. Zusätzlich haben weiterhin über eine Million ukrainischer Kriegsflüchtlinge bei uns Zuflucht gefunden, mehr als in jedem anderen Land der EU. Die Unionsfraktion hat deshalb von Anfang an das Gespräch mit den Kommunen gesucht, die aktuell die Hauptlast dieser Situation schultern. Beim Kommunalgipfel unserer Fraktion am 30. März haben wir intensiv zugehört und mit den Kommunen echte und rasch wirksame Lösungen erörtert.



Deutschland ist ein starkes und hilfsbereites Land. Unser christliches Menschenbild gebietet die Unterstützung für politisch Verfolgte und Kriegsflüchtlinge. Die anhaltend hohe Hilfsbereitschaft der Bevölkerung unterstreicht diese Haltung eindrucksvoll. Gerade die Kommunen leisten in dieser Zeit Außergewöhnliches, stoßen aber an ihre Belastungsgrenzen.

Die Maßnahmen, die Bundeskanzler Scholz nun zur Unterstützung der Kommunen vorschlägt, sind jedoch offensichtlich völlig unzureichend: Kaum Begrenzung des irregulären Zuzugs, keine schnelle Entlastung der Kommunen, keine weiteren Zusagen für eine langfristig planbare finanzielle Unterstützung.

Wir fordern deshalb: Diese Placebo-Politik muss enden. Wir brauchen jetzt:

- Kurzfristig wirksame Maßnahmen für eine Begrenzung des irregulären Zuzugs nach Deutschland wie etwa europäisch notifizierte, lageangepasste Kontrollen an den Binnengrenzen zu Polen, Tschechien und zur Schweiz, solange die zu hohe Zahl illegaler Einreisen anhält. Darüber hinaus müssen wir gemeinsam mit Staaten und Institutionen der Europäischen Union zudem kurzfristig konkrete Maßnahmen für einen deutlich effektiveren EU-Außengrenzschutz umsetzen.
- Langfristig planbare und über die bereits zugesagten Pauschalen hinausgehende finanzielle Unterstützung für die Kommunen.

Teil 2: Die Woche im Parlament

– Initiativen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion –

Wissenschaft und Forschung als Ratgeber der Bundesregierung stärken

In letzter Beratung befassen wir uns mit unserem Antrag „Technologieagenda Neue Energien – Rolle der Wissenschaft in der Bundesregierung stärken“. Wir sehen die Kurzatmigkeit des Krisenmanagements in der Bundesregierung mit großer Sorge. Bei allen aktuell beschlossenen und diskutierten Maßnahmen der Bundesregierung fehlt eine klare, auf den Erkenntnissen von Wissenschaft und Forschung basierende Strategie. Die Wissenschaftsgemeinschaft hat viele Lösungsansätze zu bieten und forscht intensiv an einer erfolversprechenden Energietransformation. Mit unserem Antrag stellen wir klar: Die Wissenschafts- und Forschungslandschaft ist nicht nur der bestmögliche Ratgeber einer jeden Bundesregierung, sie ist auch gerade in Krisenzeiten die treibende Kraft zur dringend benötigten Erweiterung des politischen Handlungsspiel-



raumes. Hierfür braucht es Technologieoffenheit und Innovationslust, aber auch eine starke Stimme in der Bundesregierung.

Beschleunigungskommission Schiene

Am 13. Dezember 2022 hat Bundesverkehrsminister Wissing den Abschlussbericht der Beschleunigungskommission Schiene (BKS) entgegengenommen. Dieser enthält 70 Maßnahmen in fünf Handlungsfeldern, von Vertretern der Branche, der Ministerialverwaltung sowie der Koalitionsfraktionen erarbeitet. Unser Antrag identifiziert – orientiert an den Empfehlungen der BKS – fünf Handlungsfelder, auf denen die Bundesregierung tätig werden muss. Die Bundesregierung bleibt derweil eine Konkretisierung, die gesetzliche Umsetzung der Maßnahmen sowie einen Zeitplan schuldig. Viele der Maßnahmen hätten laut Zeitplan der BKS bereits im ersten Quartal 2023 begonnen werden müssen. Die Handlungsempfehlungen der Schienenbranche drohen nun folgenlos zu bleiben. Deshalb fordern wir: Die Empfehlungen der BKS müssen dringend umgesetzt werden. Diese schnell umsetzbaren Maßnahmen können das Schienennetz und den Schienenverkehr deutlich verbessern.

Hafenstandort Deutschland stärken

Die deutschen Seehäfen sichern – im Zusammenspiel mit dem Nord-Ostsee-Kanal – Wohlstand, Beschäftigung und Versorgungssicherheit in Deutschland. Zwei Drittel des deutschen Außenhandels werden über die Seehäfen abgewickelt. Rund 70 Prozent seines Energiebedarfs deckt Deutschland durch den Import verschiedener Energieträger über die Häfen. Damit die deutschen Häfen im internationalen Wettbewerb nicht weiter zurückfallen, resiliente und effiziente Energie- und Rohstoffdrehkreuze entstehen und Abhängigkeiten von anderen Staaten reduziert werden, fordern wir mit unserem Antrag „Hafenstandort Deutschland stärken“. Dazu schlagen wir neben der Entwicklung einer langfristig angelegten Nationalen Hafenstrategie umgehende, wirksame Maßnahmen vor, die den geostrategischen Interessen Deutschlands und der Europäischen Union dienen.

Wasserstoffhochlauf voranbringen

Wasserstoff ist der Schlüssel für eine starke und klimafreundliche Volkswirtschaft. Wasserstoff kann einen großen Beitrag zur Sicherung der Versorgung und zur Stärkung der Volkswirtschaft beitragen. Um die Vorteile der Wasserstoffnutzung breit zu entfalten, müssen die Weichen schnellstmöglich gestellt werden. Wir wollen und können Wasserstoff-Weltmeister werden. Dafür hat die vorherige Bundesregierung unter Führung der CDU/CSU



im Jahr 2020 die erste Nationale Wasserstoffstrategie verabschiedet, die auch international weithin für Anerkennung gesorgt hatte. Die Ampel zögert, unsere Antworten als CDU/CSU-Fraktion für einen beschleunigten Wasserstoffhochlauf sind hingegen sehr klar: Wasserstoffherzeugung und Importe müssen emissionsfrei bzw. -arm sein, aber nicht von Beginn an ausschließlich „grün“; die Wasserstoff-Infrastruktur muss von Beginn an ganz Deutschland einbeziehen und europäisch vernetzt sein; Anwendungsfelder für Wasserstoff ergeben sich in einem dynamischen Markthochlauf und sind nicht vorab politisch festzulegen; in Forschung und Entwicklung muss Deutschland wieder international führend werden.

Generalverdacht gegen öffentlichen Dienst verhindern

An der Integrität unserer Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten gibt es keine ernsthaften Zweifel. Alle Untersuchungen und Lageberichte der letzten Jahre zeigen übereinstimmend, dass unsere Staatsdienerinnen und -diener bis auf sehr wenige Ausnahmen fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Unter Demokraten sollte aber Einigkeit herrschen: Jeder extremistische Einzelfall ist einer zu viel. Menschen mit extremistischen und verfassungsfeindlichen Ansichten und Handlungen haben im Staatsdienst nichts verloren. Wer hoheitlich tätig wird, darf dies ausschließlich in dem vom Grundgesetz vorgegebenen und durch Recht und Gesetz ausgestalteten Rahmen tun. Uns eint daher das Ziel, Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung schneller aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen und möglichen Tendenzen bereits im Vorfeld konsequent entgegenzuwirken. Die Bundesregierung hat nun allerdings den Entwurf für ein „Gesetz zur Beschleunigung der Disziplinarverfahren in der Bundesverwaltung und zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften“ vorgelegt, den wir in dieser Woche erstmals beraten. Die im Gesetzentwurf vorgesehene Regelung führt zu einer Änderung dahingehend, dass mit einer Abschaffung der Disziplinarklage Bundesbeamtinnen und -beamte zunächst der Entscheidung der Dienstbehörde ausgesetzt wären und sich nur durch eine Klage gegen ihre Behörde im Dienstverhältnis halten können. Diesen Entwurf lehnen wir ab. Er wird von den Beamtenverbänden als nicht geeignet kritisiert und ist Ausdruck des Misstrauens gegen unsere Beamtinnen und Beamten. Der Bund ginge mit dem Gesetzentwurf einen Sonderweg mit ungewissem Ausgang und würde damit den verfassungs- und dienstrechtlichen Konsens in Bund und Ländern brechen.



Teil 3: Termine aus der Bundes- und Europapolitik

- 9.-11. Mai: Bundespräsident Steinmeier: Besuch der Lausitz
- 9. Mai: Europatag: Rede von BK Scholz im EP
- 9. Mai: Moskaus: Militärparade zum "Tag des Sieges" der Sowjetunion
- 10. Mai: MPK mit BK Scholz (Flüchtlingspolitik)
- 10. Mai: 90. Jahrestag der Bücherverbrennung
- 10. Mai: Statistisches Bundesamt: Bekanntgabe Inflationsrate für April
- 10. Mai: Eröffnung der Bundeskanzler-Helmut-Kohl-Stiftung
- 11. Mai: Bekanntgabe der Steuerschätzung
- 11. Mai: EU: Rat für Auswärtige Angelegenheiten
- 11.-12. Mai: Umweltministerkonferenz
- 11.-13. Mai: G7-Finanzministertreffen
- 12. Mai: Verleihung des Deutschen Filmpreises
- 12.-15. Mai: G7-Bildungsministertreffen
- 14. Mai: Wahl zur Bremischen Bürgerschaft
Kommunalwahl in Schleswig-Holstein
- 14. Mai: Verleihung des Karlspreises an Staatspräsident Selenskyj
- 14. Mai: Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in der Türkei

* * *